

Zivil-militärische Zusammenarbeit: Europas Imperiale Machtpolitik aus einem Guss

von Jürgen Wagner

Oxymoron, *das*; -s,-mo-ra rhetorische Figur, Zusammenstellung einander widersprechender Begriffe (Aus: Langenscheid: Fremdwörterbuch)

Eigentlich schließen sich diese Begriffe gegenseitig aus: ist etwas "zivil", kann es im Prinzip nicht "militärisch" sein und umgekehrt. Dennoch ist die "Zivil-militärische Zusammenarbeit" (CIMIC) zum neuen sicherheitspolitischen Leitbild der Europäischen Union geworden.¹ Der Grund: Eine effektive Durchsetzung eigener Interessen erfordert aus Sicht der EU-Strategen heutzutage zwingend eine Bündelung sämtlicher Machtkapazitäten. Catherine Ashton, seit Dezember 2009 neue "Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik" und als Chefin des "Europäischen Auswärtigen Dienstes" (EAD), der noch in diesem Jahr seine Arbeit aufnehmen soll, sozusagen qua Amt Symbol für die zunehmende Verschmelzung ziviler und militärischer Instrumente, erläutert den Sinn und Zweck der Übung folgendermaßen: "Zur Unterstützung einer einheitlichen politischen Strategie müssen wir sämtliche Einflusshebel mobilisieren – politische, ökonomische, plus zivile und militärische Krisenmanagementwerkzeuge. Die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist entscheidend, um exakt die Art vereinigten Denkens und Handels zu fördern, die wir benötigen. Hierbei handelt es sich nicht um eine bürokratische Übung, sondern um eine sich nur einmal jede Generation bietende Gelegenheit, etwas Neues zu schaffen." Angesichts der ohnehin bereits profligierend ansteigenden EU-Auslandseinsätze ist Ashtons Versprechen aus friedenspolitischer Sicht mehr als Drohung zu verstehen: "Ich hoffe, sie haben nun mein Anliegen verstanden. Die Tage, in denen die Europäische Außenpolitik als Gewäsch ohne Handlungen abgetan werden konnte, sind nun vorüber."²

In diesem Beitrag soll deshalb zunächst die "Logik" der Zivil-militärischen Zusammenarbeit als Mittel zur Maximierung der Machtprojektion herausgearbeitet werden (Abschnitt 1). Anschließend wird beschrieben, wie CIMIC zu einer Paramilitarisierung weiter Teile der EU-Außenpolitik geführt hat (Abschnitt 2). Aufgrund seiner Tragweite wird dem "Europäischen Auswärtigen Dienst" ein eigenes Kapitel gewidmet, da er die ultimative Verschmelzung ziviler und militärischer Kapazitäten darstellt (Abschnitt 3). Abschließend sollen die Folgen dieser Politik dargestellt werden, durch die zivile Akteure und humanitäre Hilfe letztlich zu einem bloßen Erfüllungsgehilfen militärischer Interessensdurchsetzung verkommen. Hierdurch hört – und das ist die zentrale These dieses Beitrags – eine eigenständige zivile Außenpolitik, die sich als grundsätzliche Alternative zur militärischen "Lösung" von

¹ Als CIMIC wird einerseits die "Übernahme nicht genuin militärischer Tätigkeiten durch Streitkräfte [...] bezeichnet." Andererseits beschreibt der Begriff, und in diesem Sinne wird er hier verwendet, die generelle Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Akteuren. Vgl. Irlenkaeuser, Jan C.: Zivil-militärische Zusammenarbeit als Aufgabe der Bundeswehr, in: Krause, Joachim/Irlenkaeuser, Jan C.: Bundeswehr – Die nächsten 50 Jahre. Anforderungen an deutsche Streitkräfte im 21. Jahrhundert, Opladen 2006, S. 237-252, S. 237.

² Catherine Ashton: Rede auf der 46. Münchner Sicherheitskonferenz, 06.02.2010, URL: <http://www.securityconference.de/Ashton-Catherine.450.0.html> (09.03.2010).

Konflikten versteht, auf zu existieren.³ Die Folge ist eine Entwertung und Instrumentalisierung ziviler Instrumente zugunsten einer imperialen Machtpolitik aus einem Guss (Abschnitt 4).

1. Maximierung der Machtprojektion

Obwohl die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bereits Anfang der 1990er Jahre mit dem Vertrag von Maastricht als eine der drei zentralen Säulen der Europäischen Union eingeführt wurde, spielten konkrete Auslandseinsätze zunächst hierbei keine Rolle. Dies sollte sich gegen Ende des Jahrzehnts jedoch schlagartig ändern: "Der EU-Gipfel in Köln am 3. und 4. Juni 1999 war die offizielle Geburtsstunde der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik [GSVP]."⁴ Dort erfolgte der Grundsatzbeschluss, eine EU-Eingreiftruppe für globale Kriegseinsätze aufzustellen. Ein halbes Jahr später wurde auf dem Treffen in Helsinki vom 10. bis 12. Dezember 1999 eine konkrete Zielgröße festgelegt: 60.000 Soldaten (was aufgrund der erforderlichen Rotation und logistischen Unterstützung einem Gesamtumfang von zirka 180.000 Soldaten entspricht).⁵

Erste Einsätze folgten bereits im Jahr 2003, seither werden immer häufiger Militärs zur Durchsetzung europäischer Interessen ins Ausland geschickt. Mit atemberaubender Geschwindigkeit wurde also dem Weltmachtanspruch der Europäischen Union mit Mitteln zur globalen militärischen Machtprojektion Nachdruck verliehen.⁶ Vor diesem Hintergrund zeigte sich der EU-Rat auf seiner Tagung vom 17. November 2009 mit dem bislang Erreichten überaus zufrieden: "In Anbetracht des zehnten Geburtstags seit Beginn der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) lobt der Rat den Erfolg dieser Politik, die zur Stationierung von etwa 70000 Soldaten in 22 ESVP-Einsätzen und -Missionen führte."⁷ Doch aus EU-Sicht stellt dies lediglich den Anfang einer Entwicklung zur "Weltmacht Europa" dar, wie die beim Ratsreffen im Dezember 2008 beschlossenen neuen Planziele für Auslandseinsätze verdeutlichen. Bis Ende 2010 sollen die Kapazitäten aufgebaut werden, um künftig bis zu 19 GSVP-Einsätze *gleichzeitig* durchführen zu können – darunter je zwei hochintensive Kampfoperationen und zwei "Stabilisierungsmissionen", also Besatzungseinsätze wie der in Afghanistan.⁸

Für derart ehrgeizige Vorhaben ist die Europäische Union gegenwärtig jedoch buchstäblich – noch – nicht ausreichend gerüstet. Schon im Sommer 2008 veröffentlichte etwa Nick Whitney, ehemals Leiter der EU-Rüstungsagentur, einen flammenden Verriss: Die Europäische Union bleibe weit hinter ihrem Ziel zurück, effektive militärische Machtprojektion leisten zu können, so sein Urteil.⁹ Auch Javier Solana, bis Dezember 2009

³ Gerade die Entwicklungshilfe zielte zwar stets auch auf die Durchsetzung von Interessen der Geberländer, die zunehmende Unterordnung unter sicherheitsrelevante Überlegungen wird diesen Trend jedoch massiv verstärken. Vgl. zum interessengeleiteten Charakter der Entwicklungshilfe etwa Hudson, Michael: *Super Imperialism: The Economic Strategy of American Empire*, London 2003 [1972]; Hayter, Teresa: *Aid as Imperialism*, Harmondsworth 1971.

⁴ Heise, Volker: *Zehn Jahre Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Entwicklung, Stand und Probleme*, SWP-Studie Oktober 2009, S. 8. Beginnend als "Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität" (ESVI) kam es zu zwei Umbenennungen. Erst in die "Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (ESVP) und seit Dezember 2009 nun in "Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (GSVP).

⁵ Schlussfolgerungen des Rates zur Tagung vom 10./11.12.1999.

⁶ Einen Überblick über die militärischen Kapazitäten der Europäischen Union liefern Keohane, Daniel/Blommesteijn, Charlotte: *Strength in numbers? Comparing EU military capabilities in 2009 with 1999*, ISS Policy Brief, December 2009.

⁷ Council of the European Union: *Press Release 2974th Council meeting, General Affairs and External Relations External Relations*, Brussels, 17 November 2009.

⁸ Schlussfolgerungen des Rates zur Tagung vom 11./12. Dezember 2008.

⁹ Whitney, Nick: *Re-energising Europe's Security and Defence Policy*, ECRF Policy Paper, Juli 2008.

EU-Außenbeauftragter, zeigte sich zu Ende seiner Amtszeit zwar erfreut, dass sich die EU unter seiner Ägide erfolgreich zu einem Akteur mit globalem Machtanspruch gemausert habe, nun sei es jedoch erforderlich, die hierfür notwendigen Mittel in deutlich größerem Umfang bereitzustellen: "Wir müssen über das Personal und die Kapazitäten verfügen – sowohl zivil als auch militärisch –, diese politischen Ambitionen zu unterfüttern. Mit der gegenwärtigen Lücke zwischen Ambitionen und der Realität muss sich beschäftigt werden."¹⁰

An Vorschlägen, was diesbezüglich im Militärbereich unternommen werden sollte, mangelt es nicht: die Wunschliste reicht von einer Vergrößerung der EU-Armee auf 360.000 Soldaten über die Etablierung eines eigenständigen EU-Rüstungshaushalts bis hin zur Aufstellung eines EU-Hauptquartiers, um nur einige wenige Beispiele aus der aktuellen Diskussion zu benennen.¹¹ Jedoch wird das Augenmerk nicht allein auf den Ausbau militärischer Interventionskapazitäten gelegt, und genau hier liegt nach Auffassung Javier Solanas auch das herausragende Charakteristikum der europäischen Sicherheitspolitik: "Die der GSVP zugrunde liegende Logik – ihr einzigartiger und besonderer zivil-militärischer Ansatz beim Krisenmanagement – war ihrer Zeit voraus, als sie erdacht wurde. Diese Logik hat ihren Wert unter Beweis gestellt und ist umfassend von anderen übernommen worden. Sie liefert eine vernünftige Grundlage für die kommenden zehn Jahre."¹²

Erste Gehversuche in Sachen Zivil-militärischer Zusammenarbeit wurden bereits im Kontext der Balkankriege bzw. der Besetzungen in Bosnien-Herzegowina und des Kosovo unternommen.¹³ Spätestens seit der Jahrtausendwende setzt sich das Konzept zunehmend als neues sicherheitspolitisches Leitbild durch, das bei sämtlichen Auslandseinsätzen zur Anwendung kommen soll. Ein Meilenstein war hierfür die im Dezember 2003 verabschiedete "Europäische Sicherheitsstrategie". Sie stellt bis heute die Grundlage und Rechtfertigung für sämtliche EU-Auslandseinsätze dar und liefert auch die Begründung, weshalb eine Verknüpfung ziviler und militärischer Elemente zwingend erforderlich sei. Im Zentrum steht dabei folgende Bedrohungsanalyse: "Bei einer Summierung dieser verschiedenen Elemente – extrem gewaltbereite Terroristen, Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität, Schwächung staatlicher Systeme und Privatisierung der Gewalt – ist es durchaus vorstellbar, dass Europa einer sehr ernststen Bedrohung ausgesetzt sein könnte."¹⁴

Tatsächlich lassen sich diese Elemente nur bedingt summieren und insbesondere der postulierte kausale Zusammenhang zwischen der Schwächung staatlicher Systeme und einer dort erwachsenden terroristischen Bedrohung für die Europäische Union ist mehr als fragwürdig.¹⁵ Dennoch wird hierüber die sicherheitspolitische Notwendigkeit abgeleitet, instabile, gescheiterte Staaten¹⁶ mithilfe westlicher ziviler und/oder militärischer Interventionen solange zu "stabilisieren", bis sie wie gewünscht funktionieren und damit die

¹⁰ Vasconcelos, Álvaro de (ed.): What ambitions for European defence in 2020?, Institute for Security Studies, Paris 2009², S. 7 f.

¹¹ Vgl. bspws. Grevi, Giovanni/Helly, Damien/Keohane, Daniel (eds.): European Security and Defence Policy: The First 10 Years (1999-2009), ISS, Paris, October 2009; Lasheras, Borja u.a.: Eine Zukunftstenda für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), Friedrich-Ebert Stiftung, Juli 2009.

¹² Vasconcelos 2009, S. 7.

¹³ Vgl. Paul, Michael: Zivil-militärische Interaktion im Auslandseinsatz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48/2009, S. 29-35.

¹⁴ Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Dezember 2003, S. 5.

¹⁵ Vgl. zur Kritik Hehir, Aidan: The Myth of the Failed State and the War on Terror: A Challenge to the Conventional Wisdom, in: Journal of Intervention and State Building, November 2007, S. 307-332; Dempsey, Gary T.: Old Folly in a New Disguise Nation Building to Combat Terrorism, CATO Policy Analysis no. 429, March 21, 2002.

¹⁶ Ein weiteres Problem stellt die Tatsache dar, dass keineswegs hinlänglich definiert ist, was eigentlich ein "gescheiterter Staat" ist. Eine halbwegs eindeutig Definition steht bislang aus, womit das Konzept sich beliebig auf allerlei vollkommen unterschiedliche Erscheinungsformen anwenden lässt. Vgl. hierzu Call, Charles: The Fallacy of the „Failed State“, in: Third World Quarterly, No. 8, 2008, S. 1491-1507.

von ihnen angeblich ausgehende Gefahr als beseitigt erachtet werden kann. Da zivile Instrumente hierfür eine wichtige Rolle spielen, werden sie auch sicherheitspolitisch relevant, so dann die weitere Argumentation. In ihrer Zeit als EU-Außenkommissarin formulierte dies Benita Ferrero-Waldner folgendermaßen: "Aktives 'State Building', das heißt der Aufbau staatlicher Strukturen in Krisengebieten, ist viel mehr als ein Aspekt der Entwicklungszusammenarbeit. Es ist ein sicherheitspolitischer Imperativ, auch für Europa, dem man nur mit einem breiten Ansatz gerecht wird."¹⁷

Ungeachtet der Tatsache, dass mit derlei Stabilisierungseinsätzen häufig Konfliktursachen perpetuiert statt beseitigt werden, hat sich diese Sichtweise inzwischen nahezu vollständig durchgesetzt: "Friedens- und Stabilisierungseinsätze sind zum dominierenden Paradigma für die Anwendung von Gewalt in der Ära nach dem Kalten Krieg geworden."¹⁸ In diesem Zusammenhang stellt sich nun für Europas Sicherheitspolitiker folgendes Problem: Einerseits ändert sich der Kernauftrag von Auslandsinterventionen, da heutzutage der dauerhaften "Stabilisierung" (Kontrolle) eine ebenso große Bedeutung zukommt, wie dem eigentlichen militärischen Sieg. Hiermit ist jedoch ein ungleich höherer Personalaufwand verbunden, da Stabilisierungseinsätze eine langfristige Präsenz erfordern. Die "Long Term Vision", ein Dokument der EU-Rüstungsagentur, das als Grundlage für Rüstungsprojekte der Europäischen Union fungiert, fasste den diesbezüglichen Stand der Überlegungen bereits im Oktober 2006 folgendermaßen zusammen: "GSVP-Einsätze werden [...] künftig eher auf die Ziele 'Sicherheit' und 'Stabilität' als auf 'Sieg' fokussiert sein. [...] In solchen Situationen wird das Militär lediglich eines einer Reihe von Instrumenten sein, um die Kampagnenziele zu erreichen. [...] Vor diesem Hintergrund wird die benötigte Truppenstärke, um dieses Ziel zu erreichen, in einigen Szenarien erheblich sein."¹⁹

Dementsprechend kalkuliert das US-Militär, dass für eine "erfolgreiche" Stabilisierung eines gescheiterten Staates 20 Soldaten auf 1.000 Einwohner in Form eines fünf bis acht Jahre andauernden Einsatzes notwendig sind.²⁰ Gleichzeitig wächst der "Bedarf" nach solchen Einsätzen, wie der "European Council on Foreign Relations" (ECFR) ausführt: "Jüngste Untersuchungen legen nahe, dass die Zahl an Bürgerkriegen erneut ansteigt und die Europäische Union davon ausgehen kann, vermehrt dazu aufgefordert zu werden, Soldaten in Ländern oder Regionen zu stationieren, die gerade einen Konflikt hinter sich haben."²¹ Vor diesem Hintergrund besteht die dringende Notwendigkeit, Interventionen zur "Stabilisierung" gescheiterter Staaten effektiver zu gestalten, zumal die bisherigen Ergebnisse in diesem Bereich bislang mehr als unbefriedigend sind, wie die "Europäische Sicherheitsstrategie" bemängelt: "Bei nahezu allen größeren Einsätzen ist auf militärische Effizienz ziviles Chaos gefolgt. Wir brauchen eine verstärkte Fähigkeit, damit alle notwendigen zivilen Mittel in und

¹⁷ Ferrero-Waldner, Benita: Europa als globaler Akteur - Aktuelle Schwerpunkte Europäischer Außen- und Nachbarschaftspolitik, Rede bei der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Berlin, 24. Januar 2005 (SPEECH/05/30). Vgl. auch das Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands 2006, S. 16f.: "Staatsversagen sowie eine unkontrollierte Migration können zur Destabilisierung ganzer Regionen beitragen und die internationale Sicherheit nachhaltig beeinträchtigen. Neben der moralischen Verpflichtung zur Hilfe steht dabei die Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes."

¹⁸ Hamilton, Daniel/Foster, Nikolas: The Obama administration and Europe, in: Vasconcelos, Álvaro de/Zaborowski, Marcin (eds.): The Obama Moment. European and American perspectives, Institute for Security Studies, Paris, November 2009, S. 39-57, S. 47.

¹⁹ European Defence Agency: An Initial Long-Term Vision for European Defence Capability and Capacity Needs, Endorsed by the Steering Board on 3 October 2006.

²⁰ Vgl. Preble, Christopher /Logan, Justin: Failed States and Flawed Logic: The Case against a Standing Nation-Building Office, CATO Policy Analysis no. 560, January 11, 2006, S. 18. Manche Schätzungen liegen sogar noch höher. Vgl. Fick, Nathaniel/Nagl, John: Counterinsurgency Field Manual: Afghanistan Edition, in: Foreign Policy, Januar/Februar 2009.

²¹ Korski, Daniel/Gowan, Richard: Can the EU rebuild failing states? ECFR Policy Paper, October 2009, S. 39.

nach Krisen zum Tragen kommen."²² Zivile Fähigkeiten, so also die Grundidee, sollen zur Entlastung des Militärs beitragen. Der besondere "Mehrwert" liegt dabei darin, dass Soldaten aus offensichtlichen Gründen für viele Aufgaben im Rahmen solcher Stabilisierungseinsätze ohnehin nur bedingt geeignet sind, hierfür werden zivile Akteure (vom Brunnenbauer über den Juristen bis hin zum Agrotechniker) zur Unterstützung militärischer Interessensdurchsetzung benötigt. In den Worten der "Europäische Sicherheitsstrategie": "Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen."²³

2. Die Paramilitarisierung der EU-Außenpolitik

In jüngster Zeit werden mehr und mehr Bereiche innerhalb der Europäischen Union vor den (zivil)militärischen Karren gespannt. Nahezu jede Resolution und jeder Bericht des Europäischen Parlaments fordert derzeit einen Ausbau der Zivil-militärischen Zusammenarbeit.²⁴ Im Folgenden sollen deshalb ein Überblick über die verschiedenen Facetten dieser Paramilitarisierung der EU-Außenpolitik gegeben und darüber hinaus auch die weiterführende Planungen dargestellt werden.

2.1 Strukturelle Verzahnung

Die erforderliche Planungs- und Leitungsstruktur für eine enge Verknüpfung ziviler und militärischer Aspekte der EU-Außen- und Sicherheitspolitik wurde bereits frühzeitig etabliert: "Seit dem Jahr 2004 wird der EUMS [EU-Militärstab] von der zivil-militärischen Zelle unterstützt, die innerhalb des EUMS Aufgaben wie die strategische Planung einer Reaktion auf eine Krise im Hinblick auf gemeinsame zivil-militärische Operationen wahrnimmt. Über die zivil-militärische Zelle ist der Militärstab verantwortlich für die Gewährleistung der Fähigkeit zur Planung und Durchführung einer eigenständigen Militäroperation der EU. Dies ermöglicht es dem EUMS, rasch ein Operationszentrum zu errichten, wenn eine gemeinsame zivil-militärische Reaktion erforderlich ist und der Rat anhand des Ratschlags des EUMC kein nationales Hauptquartier bestimmt hat. Die zivil-militärische Zelle stellt den Ständigen Kernstab des EU-Operationszentrums und beteiligt sich an der Koordination ziviler Operationen."²⁵ Ferner wurde mit zahlreichen Manövern versucht, das Zusammenspiel zwischen zivilen und militärischen Strukturen zu verbessern, zuletzt etwa mit der "Crisis Management Exercise 09" vom 23. November bis zum 4. Dezember 2009.²⁶

Dennoch existierten weiterhin – zumindest bis vor kurzem – separate Planungskapazitäten für rein militärische oder rein zivile Einsätze fort. Allerdings wird sich dies in Kürze mit dem

²² Europäische Sicherheitsstrategie 2003, S. 12.

²³ Ebd., S. 11.

²⁴ Vgl. bspws. Entwurf eines Berichts über den Jahresbericht des Rates an das Europäische Parlament über die Hauptaspekte und grundlegenden Optionen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) (10665/2009 – C7-0000/2009 – 2009/2057(INI)), 03.12.2009. Dort wird festgestellt, "dass die neuen Herausforderungen auf dem Gebiet der Sicherheit es erforderlich machen, mehr Gewicht auf den kombinierten Einsatz verschiedener ziviler und militärischer Instrumente aus den Bereichen Konfliktverhütung, Krisenmanagement und friedensschaffende Maßnahmen zu legen."

²⁵ Militärstab der Europäischen Union (EUMS), URL: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/r00006_de.htm (09.03.2010). Seit Anfang 2007 ist die zivil-militärische Zelle in der Lage, Einsätze bis zu einem Umfang von 2000 Soldaten zu leiten.

²⁶ EU Crisis Management Exercise 2009 - CME 09 to be conducted from 23 November to 4 December 2009, Brussels, 18 November 2009, 16274/09 (Presse 340).

"Europäischen Auswärtigen Dienst" ändern, der noch in diesem Jahr seine Arbeit aufnehmen soll (siehe unten).

2.2 Aufbau "ziviler" Krisenmanagementkapazitäten

Parallel zum Aufbau eines EU-Militärapparats, wurde bereits auf dem Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs im portugiesischen Santa Maria da Feira am 19. und 20. Juni 2000 der umfassende Aufbau "ziviler" Krisenmanagementkapazitäten beschlossen. Später wurden die Zielgrößen zunächst mit dem "Civilian Headline Goal 2008" (Juni 2004) und anschließend mit dem "Civilian Headline Goal 2010" (November 2007) weiter präzisiert. Dies führte zum Aufbau eines beträchtlichen Pools "ziviler" Kräfte, die nunmehr für EU-Auslandseinsätze zur Verfügung stehen: "Die hohe Zahl von Experten, auf die der Rat für Krisenmanagement-Operationen und -Missionen zurückgreifen kann, ist für multinationale Organisationen einmalig. Rechnet man alle verfügbar gemeldeten Kräfte [...] zusammen, ergibt sich die Summe von 12396 Personen."²⁷ Dazu gehören u.a. "Zivile Krisenreaktionsteams" (Civilian Response Teams, CRTs), die innerhalb von lediglich 5 Tagen zum Einsatz gebracht werden können. Sie werden "besonders für Substitutionsaufgaben in instabilen Situationen vorgehalten und können vorübergehend unter militärischem Kommando stehen, obgleich es sich um zivile Kräfte handelt."²⁸ Im November 2009 beschloss der EU-Rat, den CRT-Pool auf 200 Personen zu verdoppeln.²⁹

Gleichzeitig werden immer häufiger "zivile" EU-Missionen entsandt, für die mittlerweile der Großteil des rapide steigenden EU-Haushalts für die "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) verausgabt wird. Belief sich das GASP-Budget im Jahr 2002 noch auf lediglich 30 Mio. Euro, stieg der Haushalt auf 159 Mio. (2007) und dann auf 285 Mio. (2008). Nach einem kleinen Rückgang auf 243 Mio. (2009) ist derzeit eine drastische Erhöhung auf 406 Mio. im Jahr 2012 fest eingeplant.³⁰

Was die weiteren Planungen anbelangt, sind bislang die Forderungen des "European Council on Foreign Relations" am konkretesten. In einer Studie des Think Tanks heißt es, die "dogmatische Unterscheidung" zwischen Sicherheits- und Entwicklungspolitik sei "obsolet". Die EU müsse "ihre komplette Herangehensweise an Auslandsinterventionen überdenken." Angesichts eines wachsenden Bedarfs nach Auslandseinsätzen müssten die zivilen Kapazitäten der EU massiv ausgebaut und engstens mit den militärischen Strukturen verzahnt werden. Als "Motivationshilfe" wird vorgeschlagen, dass Mitgliedsländer, die die vorgegebenen Planziele verfehlen, künftig von Führungspositionen ausgeschlossen werden. Man müsse in der Lage sein, "Gewalt mit kürzerer Vorlaufzeit anzuwenden". Für die 20 ohnehin unter permanenter Beobachtung stehenden "instabilsten" Staaten müsse jeweils ein EU-Sonderbeauftragter ernannt werden, unter dessen Ägide detaillierte Vorausplanungen erfolgen müssten: "Jeder Plan sollte einen Anhang haben, in dem Notfallpläne für militärische Interventionen enthalten sind." Ferner müssten die bislang jeweils 1.500 Soldaten umfassenden EU-Kampftruppen (Battle Groups) in stehende "zivil-militärische 'force packages'" umgewandelt werden.³¹ In abgewandelter Form greift der ECFR damit einen älteren Vorschlag der "Human Security Doctrine for Europe" aus dem Jahr 2004 auf. Die im Auftrag des damaligen EU-Außenbeauftragten Javier Solana angefertigte Studie plädierte für

²⁷ Heise 2009, S. 22.

²⁸ Rummel, Reinhardt: Die zivile Komponente der ESVP: reichhaltiges Gestaltungspotential für europäische Krisenintervention, SWP-Studie Juli 2006, S. 9.

²⁹ Council conclusions on ESDP 2974th EXTERNAL RELATIONS Council meeting Brussels, 17 November 2009.

³⁰ Vgl. Grevi u.a. 2009, S. 91.

³¹ Korski/Gowan 2009.

den Aufbau einer stehenden zivil-militärischen Besatzungstruppe aus 10.000 Soldaten und 5.000 Zivilisten (Human Security Response Force).³²

2.3 Militarisierung der Entwicklungshilfe

Schon frühzeitig forderten auch Akteure aus der Entwicklungspolitik, ihr Bereich müsse nun ebenfalls einen Beitrag zur Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie (Solana-Konzept) leisten: "Die Entwicklungspolitik muss nun ihren Erfahrungsschatz pro-aktiv in die Gestaltung der europäischen Außenbeziehungen einbringen und sollte zu diesem Zweck eine Strategie zur Flankierung des 'Solana-Konzeptes' formulieren."³³

In diesem Sinne wurden mit dem "Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik" im Jahr 2005 grundlegend neue Prioritäten festgelegt. Der Konsens identifiziert die "Stabilisierung" gescheiterter Staaten als eine der Hauptaufgaben europäischer Entwicklungspolitik und fordert hierfür eine enge Abstimmung zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik.³⁴ In lediglich fünf Jahren erfolgte damit eine massive "Versicherheitlichung" der EU-Entwicklungshilfe: "Der Themenkomplex Entwicklung, Sicherheit und fragile Staaten hat sich von einem Randthema, das in der Stellungnahme zur Entwicklungspolitik von 2000 praktisch nicht vorkommt, im Konsens 2005 zu einem zentralen Anliegen entwickelt."³⁵

Die Neujustierung der EU-Entwicklungshilfe nahm ihren Anfang bereits auf dem EU-Gipfel in Nizza im Jahr 2000. Dort wurde die zwei Jahre später erfolgte faktische Abschaffung des Rats der Entwicklungshilfeminister beschlossen, der in den Rat für Allgemeine Angelegenheiten integriert bzw. von ihm absorbiert wurde. Dies bedeutete eine offensichtliche Herabstufung, mit der überdeutlich signalisiert wurde, dass "der Entwicklungspolitik zukünftig keine eigenständige Rolle mehr zugestanden werden soll."³⁶ Nunmehr sind es die Außenminister, die über Entwicklungsfragen entscheiden, während die eigentlich zuständigen Fachminister aufs Abstellgleis geschoben wurden. "Vor diesem Hintergrund lässt sich somit deutlich erkennen, welche Bedeutung dem Ressort 'Entwicklungspolitik' im politischen Ranking beigemessen wird. Oder um es leicht überspitzt zu formulieren: Die Entwicklungspolitik ist zu einem Nebenschauplatz der Außenpolitik herabgestuft worden. Sie dient nunmehr als Instrument der außenpolitischen Diplomatie."³⁷

Doch nicht nur strukturell ist die Versicherheitlichung der EU-Entwicklungshilfe weit fortgeschritten. Bereits Ende 2003 wurde etwa die Einrichtung einer Afrikanischen Friedensfazilität (African Peace Facility) beschlossen. Finanziert mit Mitteln aus dem

³² A Human Security Doctrine for Europe - The Barcelona Report of the Study Group on Europe's Security Capabilities, 2004. Für eine ausführliche Analyse siehe Marischka, Christoph: Intelligenter Kolonialismus, in: Wissenschaft und Frieden 4/2005.

³³ Faust, Jörg/Messner, Dirk: Keine Sicherheit ohne pro-aktive Entwicklungspolitik, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 11/2004.

³⁴ Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik, Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission (2006/C 46/01).

³⁵ Six, Clemens: Der Europäische Konsens zur Entwicklungspolitik. Die EU als Geberin in veränderten internationalen Beziehungen, Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe, Wien, März 2006, S. 19; vgl. auch Popovic, Goran: Securitization of EU development policy. To what extent has the EU development policy become securitized in the post-9/11 environment?, Lund University, Spring 2007, S. 23.

³⁶ Lieser, Jürgen: Hilfe als Waffe? Wie die EU Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in den Dienst der Terrorismusbekämpfung stellen will, Caritas, Mai 2004.

³⁷ Klever, Martin: Die EU-Entwicklungspolitik zwischen Anspruch und Realität. Europas Verantwortung für den afrikanischen Kontinent, Dissertation, Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, November 2006, S. 142.

Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), zu dessen Budget Deutschland 25% beiträgt, nahm die Fazilität im April 2004 ihre Arbeit auf. Ihr Zweck besteht hauptsächlich in der logistischen und finanziellen Unterstützung von "Friedenseinsätzen" der Afrikanischen Union (AU, gegr. 1993). Obwohl eine direkte Finanzierung von Waffen, Munition, militärischer Ausrüstung und Ausbildung sowie Sold momentan noch nicht erlaubt ist, erfolgt hierdurch dennoch eine erhebliche Teilfinanzierung von Militäreinsätzen aus Entwicklungshilfetöpfen: "Mit ihr werden erstmals Entwicklungsgelder insbesondere in die Unterstützung von genuin afrikanischen Friedensmissionen investiert und damit sicherheitspolitische Inhalte in entwicklungspolitische Formen gegossen."³⁸

Die Erstausrüstung der Fazilität betrug 250 Mio. Euro, von denen ursprünglich 200 Mio. zur Finanzierung von AU-Missionen vorgesehen waren. 2006 wurde der Etat um 50 Mio. aufgestockt und anschließend nochmals erhöht. Der Löwenanteil davon, 300 Mio. Euro bis Anfang 2008, wurde zur Finanzierung der AU-Mission im Sudan (AMIS) verwendet³⁹, einem Einsatz, der direkt erhebliche wirtschaftliche und strategische EU-Interessen berührt. Da aus der Peace Facility etwa 2/3 Drittel von AMIS finanziert wurden, decken Entwicklungshilfegelder somit den Großteil der Kosten dieses Militäreinsatzes.⁴⁰ Obwohl ursprünglich als einmaliger Ausnahmefall präsentiert, stattete man die Peace Facility für die Jahre 2008 bis 2010 erneut mit 300 Mio. Euro aus.⁴¹

2.4 Militarisierung des Katastrophenschutzes

Ein weiterer Bereich, in dem beabsichtigt wird, die Zivil-militärische Zusammenarbeit zu intensivieren, ist der Katastrophenschutz bzw. die humanitäre Nothilfe. So schlug ein von Ex-EU-Kommissar Michel Barnier im Auftrag der österreichischen EU-Präsidentschaft erstellter Bericht bereits im Jahr 2006 die Gründung einer europaweiten Katastrophenschutztruppe (Europe Aid) vor. Dabei soll es die systematische Integration militärischer Mittel ermöglichen, im Notfall der Hilfe buchstäblich den Weg freizukämpfen: "In den Krisenszenarien und Protokollen ist auch die Ergänzung durch militärische Hilfsmittel systematisch zu prüfen, um ein Höchstmaß an Integration zu gewährleisten und die Kosten für ihre Mobilisierung in Notfällen zu begrenzen."⁴²

Worauf diese Militarisierung der Katastrophenhilfe, die eigentlich auf strikte Neutralität verpflichtet ist, hinausläuft, zeigte sich während des Zyklons "Nargis" im Mai 2008. Nachdem das Militärregime in Myanmar (Birma) sich weigerte, humanitäre Helfer zur Versorgung der zahlreichen Opfer des Zyklons ins Land zu lassen, wurde argumentiert, "man" – also der Westen – sei nun befugt, mit Gewalt Gutes zu tun. Schon lange war der Westen aus geostrategischen Gründen an einem Regime Change interessiert – und aus genau dem Grund wollte das Regime keine westlichen Akteure ins Land lassen. Nun wollte man die Gelegenheit beim Schopfe packen. Dabei taten sich vor allem deutsche Politiker besonders unangenehm hervor. So äußerte sich etwa der CDU-Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz folgendermaßen: "Ich glaube, wenn sich jetzt nicht schnell konkret etwas ändert in Birma selbst, dass die Helfer ins Land dürfen, dass man die Katastrophenhilfe annimmt, die

³⁸ Wadle, Sebastian/Schukraft, Corina: Die Peace Facility for Africa - Europas Antwort auf die Krisen in Afrika?, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2005, S. 99-119, S. 101.

³⁹ European Union, Council Secretariat: EU support to the African Union Mission in Darfur - AMIS, Fact Sheet, January 2008, URL: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/080109-Factsheet8-AMISII.pdf> (21.04.2008).

⁴⁰ Sudan: African troops in Darfur need more funding and stronger mandate, says ICG, IRIN News, 26.10.2005. Vgl. zu den EU-Interessen im Sudan Marischka, Christoph/ Wagner, Jürgen: Europas Platz an Afrikas Sonne, in: Pflüger/Wagner: Welt-Macht Europa, Hamburg 2006.

⁴¹ Kinzel, Wolf: Afrikanische Sicherheitsarchitektur – ein aktueller Überblick, GIGA Fokus, Nr. 1/2007.

⁴² Barnier, Michel: Für eine europäische Katastrophenschutztruppe: Europe Aid, Mai 2006, S. 13.

praktisch an den Grenzen Birmas wartet, dann kommen wir in eine Situation, wo die Verantwortung zum Schutz der Bevölkerung, also diese sogenannte Rechtsfigur 'Responsibility to Protect' wirken würde – und sie ist zwar zunächst abhängig von einem Handeln des Sicherheitsrates –, aber ich darf daran erinnern: sie ist entwickelt worden nach der Intervention im Kosovo, und damals hat bekanntlich der Sicherheitsrat auch versagt. [...] Wenn der Sicherheitsrat in einer solchen schwerwiegenden Situation sich nicht in der Lage sieht zu handeln, weil Länder ihn blockieren, die ein Vetorecht haben, dann ist die internationale Staatengemeinschaft aufgefordert, nicht einfach tatenlos zuzusehen."⁴³

Auch im Zuge der Erdbebenkatastrophe in Haiti vom 12. Januar 2010 wurde diese Entwicklung weiter forciert. Parallel zur geplanten Entsendung von 300 Polizeikräften (Angehörige der European Gendarmerie-Force, also Paramilitärs) wurde eine zivil-militärische Koordinationszelle beschlossen: "Der Rat hat [am 25. Januar] ferner beraten, wie die längerfristige EU-Hilfe – d. h. humanitäre Hilfe und Unterstützung für die Wiederherstellung der staatlichen Strukturen, den Wiederaufbau und die Sicherheit – koordiniert werden soll. Er vereinbarte, eine in Brüssel angesiedelte Koordinierungszelle (EUCO Haiti) einzusetzen, die alle Informationen bündeln und die Beiträge auf die Bedürfnisse abstimmen soll."⁴⁴ In einer anderen Pressemitteilung des Rates ist zudem davon die Rede, EUCO Haiti habe die Aufgabe, "eine proaktive europäische Antwort im Militär- und Sicherheitsbereich zu ermöglichen."⁴⁵

In zahlreichen Berichten der Europäischen Kommission und des Parlaments wurde inzwischen die Errichtung einer zivil-militärischen Katastrophenschutztruppe gefordert.⁴⁶ Zuletzt findet sich im "Bericht über die Implementierung der Europäischen Sicherheitsstrategie und der ESVP" vom 2. März 2010 die Forderung an den EU-Rat, eine solche Truppe für den Einsatz im In- und Ausland auf Basis des Barnier-Reports aufzustellen. Im Bericht wird die Auffassung vertreten, "dass die militärische Komponente der ESVP/GSVP auch Möglichkeiten der Reaktion auf zivile Gefahren vorsehen sollte."⁴⁷

2.5 Paramilitarisierung der Polizeikräfte

Ebenfalls sehr konkret ist die Paramilitarisierung der EU-Außenpolitik bereits im Bereich der Polizeikräfte fortgeschritten: Anfang 2006 wurde die "European Gendarmerie Force" (EGF) in Dienst gestellt, eine quasi-militärische Truppe, die primär zur Aufstandsbekämpfung (riot control) dienen soll. "Mit der EGF hat die Europäische Union eine stehende Polizeitruppe, die sie in beliebigen Krisengebieten schnell einsetzen kann. Die EGF soll Polizeieinsätze und Krisenmanagement im Rahmen der EU durchführen. Darüber hinaus kann sie auch im Rahmen der UN, der OSZE, der NATO und in ad hoc Koalitionen eingesetzt werden. Die Einheiten können sowohl unter ein militärisches wie auch unter ein ziviles Kommando gestellt werden – die EGF ist also eine 'Dual-Use-Einheit', ihr Aufgabenspektrum macht diese Truppe zudem sowohl für Auslandseinsätze als auch für Einsätze im Inneren verwendbar." Zu

⁴³ Polenz, Ruprecht: UN müssen gegenüber Birma Stellung beziehen, Deutschlandfunk, 13.05.2008.

⁴⁴ Europäischer Rat: Koordinierte Hilfe für Haiti, 25.01.2010, URL: <http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=439&lang=de> (09.03.2010).

⁴⁵ Haiti: Council agrees coordinated EU response to UN appeal, 25.01.2010, URL: http://www.eu-un.europa.eu/articles/en/article_9430_en.htm (09.03.2010).

⁴⁶ Vgl. bspws. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Stärkung der Katastrophenabwehrkapazitäten der Europäischen Union, Brüssel, 05.03.2008 KOM(2008) 130 endgültig.

⁴⁷ Report on the implementation of the European Security Strategy and the Common Security and Defence Policy (2009/2198(INI)), Absatz 15.

den Aufgaben der Truppe zählt laut offizieller Internetseite auch die Aufstandsbekämpfung "im Falle von Unruhen."⁴⁸

EU-Polizeikräfte können im Auslandseinsatz sowohl exekutive Aufgaben übernehmen, also faktisch über sämtliche Kompetenzen einheimischer Ordnungskräfte verfügen, wie am Beispiel des Kosovo gezeigt werden kann, und/oder sie bilden die Repressionsapparate "befreundeter" Regime aus, damit sich diese an der Macht halten können. Solche "Sicherheitssektorreformen", die hier beispielhaft anhand der EU-Missionen im Kongo und in Afghanistan beschrieben werden, nehmen innerhalb der EU-Außen- und Sicherheitspolitik immer weiter an Bedeutung zu.⁴⁹ Von zivilen Einsätzen kann hier jedoch keinerlei Rede mehr sein. Einmal, weil es um die Ausbildung von Paramilitärs geht und zum Zweiten, weil diese "zivilen" EU-Missionen zumeist eng mit vor Ort operierenden westlichen Militäreinsätzen zusammenarbeiten.

2.6 Kosovo: "Zivile" NATO-EU-Aufstandsbekämpfung

Im Kosovo haben die vom Westen verordneten neoliberalen Wirtschaftsreformen die Lebenssituation der Bevölkerung weiter verschlechtert, weshalb in einer Umfrage vom Frühjahr 2009 79% der Kosovaren angaben, sie seien aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage zur Teilnahme an Protesten bereit.⁵⁰ Schon seit 2007 mehren sich deshalb die Demonstrationen der kosovo-albanischen Bevölkerung gegen die Besatzungsmächte, bei denen es sogar zu Todesopfern kam. In diesem Zusammenhang wurde bereits im Jahr 2008 beschlossen, die "zivile" EU-Mission EULEX in den Kosovo zu entsenden. Unter den derzeit 2725 EULEX-Beamten (Stand: Februar 2010) befindet sich ein erheblicher Anteil an EU-Polizeikräften, zu deren Aufgabeprofil auch die "Aufstandsbekämpfung" gehört und die mit exekutiven Befugnissen ausgestattet sind, um Proteste zu unterdrücken.⁵¹ Als Ergebnis "befanden sich Europäer an vorderster Front, benutzten Tränengas, um Aufständische ("rioters") zurückzuschlagen."⁵²

Als weitere Reaktion auf die zunehmende Proteste haben die im Kosovo aktive "zivile" EU-Mission EULEX und die NATO-Truppe KFOR mit gemeinsamen Übungen begonnen, um ihre Techniken in der Aufstandsbekämpfung zu effektivieren. Allein im ersten Halbjahr 2009 fanden vier solcher "Crowd & Riot Control Exercises" statt. Wie integral hierbei "zivile" und militärische Elemente miteinander verwoben sind, zeigt die Beschreibung einer dieser Übungen in einem Soldatenblog: "Das Szenario war eine Großdemonstration mit gewalttätigen Ausschreitungen und Übergriffen auf die Polizei, wie sie im Kosovo bislang vorkamen. Nachdem seit Dezember die EULEX die Verantwortlichkeit in einer Assistenzfunktion übernommen hat und das EULEX-Mandat gilt, das den kosovarischen Behörden die Verantwortlichkeiten in erster Linie überlässt, war auch der Übungsablauf der Mandatslage angepasst. Erst als die Kosovo Police von Umfang und Intensität der Lage 'überfordert' war, kamen (second line) EULEX-Kräfte der Special Police als Unterstützung zum Einsatz, als auch für die Kosovo Police Units und die EULEX-Police die Situation nicht zu bewältigen war, wurden (third line) KFOR Einheiten angefordert, die per Lufttransport heran geführt wurden und ins Geschehen eingriffen, so dass die Situation im Griff zu bekommen war."⁵³

⁴⁸ Vgl. Haydt, Claudia: Out of area - and back again, in: AUSDRUCK (Februar 2007), S. 42-44, S. 43.

⁴⁹ Vgl. Gross, Eva: Security Sector Reform in Afghanistan: the EU's contribution, Institute for Security Studies, Occasional Paper Nr. 78, April 2009.

⁵⁰ Džihic, Vedran/Kramer, Helmut: Kosovo After Independence, FES, Juli 2009, S. 10.

⁵¹ Heise 2009, S. 26.

⁵² Korski/Gowan 2009, S. 27.

⁵³ Erste KFOR-EULEX Übung - ein reales Szenario, URL: <http://tinyurl.com/c5j8kq> (05.02.2009).

Die Beschreibung einer weiteren NATO-EU-Aufstandsbekämpfungsübung im Juni 2009 verdeutlicht zudem, dass es hierbei tatsächlich um die Niederschlagung von Sozialprotesten geht: "Das Szenario basierte auf wahren Begebenheiten. Das Europäische Parlament fällt die Entscheidung, Gelder für den Kosovo vom Bau zweier Krankenhäuser hin zu einer Müllrecyclinganlage umzuleiten. Die lokale Bevölkerung war darüber empört. Als Reaktion rief die Gewerkschaft der Krankenhausarbeiter zu Demonstrationen und Aktionen gegen die EU und EULEX auf. [...] Als Ergebnis der Übung lernten die Teilnehmer Wichtiges darüber, auf eine wütende Menge („furious mob“) vorbereitet zu sein, über die Fähigkeit zu antizipieren, was die Menge tun wird und schließlich darüber, ihre Techniken zur Bevölkerungskontrolle und Aufstandsbekämpfung („crowd and riot control“) anzuwenden."⁵⁴

2.7 Kongo: Sicherheitssektorreform und Unterdrückung der Zivilgesellschaft

Es ist schon zynisch: Mehr als vierzig Jahre nachdem der in den ersten freien Wahlen an die Macht gekommene Ministerpräsident Patrice Lumumba auf maßgebliches Betreiben der USA und Belgiens hin ermordet wurde, schickt sich nun die Europäische Union an, dem Kongo "Frieden" und "Demokratie" zu bringen – mit vorgehaltener Pistole wohlgermerkt. Nach der Ermordung Lumumbas errichtete Joseph Mobutu in den folgenden Jahrzehnten eine der längsten und grausamsten Diktaturen Afrikas. Mobutu wurde 1997 von Laurent-Désiré Kabila gestürzt, der im darauf folgenden Bürgerkrieg im Januar 2001 einem Attentat zum Opfer fiel und von seinem Sohn Joseph Kabila "beerbt" wurde. Im Zuge eines Friedensabkommens im Jahr 2003 wurden eine Übergangsregierung unter Führung Kabilas gebildet und freie Wahlen für Ende 2004 anvisiert.

Joseph Kabila erfreut sich primär deshalb in Brüssel größter Beliebtheit, da er sich in seiner Zeit als Übergangspräsident dadurch hervortat, den immensen Rohstoffreichtum des Kongo (u.a. große Mengen an Coltan, Kupfer und Kobalt) an westliche Konzerne zu verschleudern. "Schon anfangs 2007 bildete eine Gruppe von nationalen und internationalen NGOs wieder ein Team, welches sich aufmachte, die letzten Vertragsabschlüsse des kongolesischen Staates mit zwölf internationalen Bergbau-Unternehmen zu studieren. [...] Von den 61 begutachteten 'Joint Venture'-Verträgen wurde hier kein einziger als akzeptabel bewertet, 38 hingegen als revisionsbedürftig und 23 als nicht verhandelbar, also aufzulösen. Nicht weniger als zwei Drittel der Verträge waren in den Jahren 2003 bis 2006 abgeschlossen worden, also während der Interimsregierung."⁵⁵

Um Kabila gegen innenpolitische Widersacher an der Macht halten zu können, wurden im Jahr 2005 – die Wahlen waren mittlerweile verschoben worden – zwei bis heute andauernde EU-Missionen zur "Sicherheitssektorreform" gestartet. Einmal handelt es sich hierbei um "EUSEC RD Congo", die zum Ziel hat, eine schlagkräftige Armee aufzubauen – offenbar erfolgreich: "Kongos Armee wäre ohne ausländische Beratung, allen voran durch die EU-Sicherheitsmission EUSEC, nicht handlungsfähig."⁵⁶ Zum anderen begann die Mission "EUPOL-KINSHASA" (nun umbenannt in EUPOL RD Congo) mit dem Aufbau kongolesischer "Integrierter Polizeieinheiten" (Integrated Police Units, IPUs). Bei diesen Integrierten Einheiten handelt es sich aber keineswegs um Verkehrspolizisten, sondern um

⁵⁴ The Balkan Hawk 2009 CRC Exercises, NATO.int, 30.06.2009, URL: <http://www.nato.int/kfor/docu/inside/2009/06/i090630a.htm> (09.03.2010).

⁵⁵ Greuter, Susy: Das «Herz der Finsternis» schlägt im Bergbau, afrika-bulletin, Jan./Feb. 2008.

⁵⁶ Johnson, Dominic: Kongos verpasste Chance, Südwind Magazin 12/2007.

Paramilitärs, wie aus ihrer Beschreibung hervorgeht. Sie sind "spezialisierte, mobile Polizeieinheiten, die schnellstens an jede Stelle des Landes verlegt werden können."⁵⁷

Ihren "Wert" für Präsident Joseph Kabila stellten diese Einheiten Mitte 2005 unter Beweis, als dieser die für 30. Juni angesetzten Wahlen erneut um sechs Monate verschob – mutmaßlich, weil er Sorge hatte, die Wahl zu verlieren. Die daraufhin einsetzenden Proteste der Zivilbevölkerung wurden von Polizei und Militär mit scharfen Waffen angegriffen. Es gab in mehreren Städten zahlreiche Tote und Verletzte, deren genaue Zahl bis heute unklar ist. Bei der gewaltsamen Unterdrückung dieser Proteste kamen mindestens 3.500 Polizisten, davon 1.000 IPU's zum Einsatz. Auch in der Folge taten sich die IPU's durch "exzessive Gewaltanwendung" gegenüber gewaltfreien Protesten der Opposition hervor, wie die UN in einem Bericht kritisierte.⁵⁸

Als die Wahlen schließlich im Juli 2006 stattfanden, rief die größte Partei, die nicht aus einer Miliz hervorgegangen ist, die UDPS, zum Boykott auf, da ein faires Ergebnis unter den gegebenen Umständen nicht möglich sei. So liefen die Wahlen darauf hinaus, welcher Warlord, der von der EU unterstützte Joseph Kabila oder sein Kontrahent Jean Pierre Bemba, die Macht im Land übernehmen würde. Dennoch wurden im Rahmen des vom Einsatzführungskommando in Potsdam geleiteten und von April bis November 2006 andauernden EU-Militäreinsatzes "EUFOR RD Congo" 2.400 Soldaten, darunter allein 780 aus Deutschland, ins Land entsandt. Sie hatten laut Homepage der Bundeswehr offiziell "den Auftrag, die freien Wahlen zu sichern."⁵⁹ Dabei arbeiteten die "zivilen" und militärischen Einsätze vor Ort Hand in Hand: "Die EUPOL Kinshasa-Einheit zur Unterstützung der Koordinierung stimmte sich eng mit der EUFOR RD CONGO ab; diese militärische Operation der EU wurde auch zur Unterstützung der Wahlen in der DR Kongo entsandt."⁶⁰

Primäres Ziel sämtlicher EU-Operationen ist es sicherstellen, dass Joseph Kabila auch weiterhin an der Macht bleibt. Im Falle der EUFOR-Truppen fungierten diese als "Rückversicherung", um eine nunmehr demokratisch legitimierte Machtübernahme Kabilas gegebenenfalls militärisch abzusichern, was schließlich auch gelang. Mit beeindruckender Deutlichkeit brachte Ex-Verteidigungsstaatssekretär Walter Stütze das Ganze auf den Punkt: "Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es eigentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören. In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt! [...] Da man das aber [in Deutschland] eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht."⁶¹ Im Anschluss an die "Wahlen" 2006 ging Kabila rasch –

⁵⁷ Security Sector Reform in the Congo, International Crisis Group, Africa Report N°104 – 13, February 2006, S. 6.

⁵⁸ The Human rights situation in March 2006, MONUC, 08.05.2006.

⁵⁹ Kongo: Auftrag erfolgreich abgeschlossen, bundeswehr.de, 30.11.2006.

⁶⁰ Bericht des Vorsitizes an den Europäischen Rat über die Maßnahmen der EU im Bereich der Konfliktverhütung, einschließlich der Umsetzung des EU-Programms zur Verhütung gewaltsamer Konflikte, Brüssel, den 19. Juni 2007 (11013/07), S. 32.

⁶¹ PHOENIX Runde vom 07.11.2006. Noch deutlicher wurde Stütze in einem Artikel im Tagesspiegel (13. April 2006): „Worum geht es? Afrika ist arm an Wohlstand, aber reich an Bodenschätzen. Vom Erdöl bis zum Uran, von Kobalt über Platin bis Titan – alles, was selten und teuer ist, findet sich in afrikanischer Erde. Unter den afrikanischen Staaten aber ist die Demokratische Republik Kongo das rohstoffreichste Land – das Land, mit dem größten Potenzial. Der Wettlauf um die Ausbeutung der afrikanischen Rohstoffe ist längst und heftig im Gange, auch in Kongo – Amerikaner und Chinesen gehen dabei planvoller zu Werke als die Europäer. Gegen sie in Afrika den Wettlauf um Einfluss, Macht und Rohstoffe zu verlieren, ist für Frankreich undenkbar. Paris ist entschlossen, das Blatt zu wenden. Statt Schauplatz für afrikanische Flüchtlingsdramen zu sein, soll von Europas Küsten künftig Präsenz in Afrika ausgehen. Den Flüchtlingsstrom erst gar nicht entstehen zu lassen, die Bodenschätze dort heben wo sie sich befinden – Afrikapolitik in Afrika betreiben – das ist der Kern der im Dezember des letzten Jahres beschlossenen, weithin unbeachteten Afrikastrategie der EU mit dem keineswegs unbescheidenen Titel: ‚Die EU und Afrika: Auf dem Weg zu einer Strategischen Partnerschaft‘. Sechs Ziele

und weitgehend unkritisiert – dazu über, seine Macht zu festigen und ein autoritäres Regime zu etablieren. Die aus den Wahlen "hervorgegangene Regierung ähnelt eher einer Militärdiktatur alten Schlages."⁶²

2.8 Afghanistan: Aufbau eines autoritären Militärstaates

Im Windschatten des militärischen Engagements im Rahmen der NATO-Truppe ISAF, operiert in Afghanistan weitgehend unbemerkt die EU-Mission EUPOL Afghanistan. Nachdem der Krieg trotz – oder besser wegen – der Entsendung immer weiterer westlicher Truppen in den letzten Jahren dramatisch eskalierte, wurde inzwischen eine neue Afghanistan-Strategie erarbeitet. Ihr Kernelement sieht den massiven Aufbau afghanischer Repressionsapparate (Armee und Polizei) vor, die zukünftig den Großteil der Kampfhandlungen schultern und somit einen (Teil)Rückzug der westlichen Truppen ermöglichen soll. Im Afghanistan-Mandat der Bundesregierung heißt es dazu: "Es bleibt das Ziel, die afghanische Armee und die Polizei möglichst schnell in die Lage zu versetzen, selbstständig für ein sicheres, entwicklungsförderndes Umfeld zu sorgen. Mit zunehmender Befähigung der afghanischen Sicherheitskräfte soll die Sicherheitsverantwortung schrittweise den Afghanen übertragen werden."⁶³ Für diesen Zweck wurden die Zielgrößen der afghanischen Polizei und Armee unlängst drastisch nach oben gesetzt. Während die afghanische Armee ursprünglich 70.000 Soldaten umfassen sollte, wurde diese Zahl schnell auf zunächst 134.000 angehoben. Doch damit nicht genug: ISAF-Kommandeur Stanley McChrystal hat bereits die neue Zielgröße von 270.000 Soldaten ausgegeben. Auch die afghanische Polizei, ursprünglich sollten es 62.000 sein, soll deutlich vergrößert werden. Anvisiert werden nun 140.000 bis 160.000 Polizisten.

In diesem Zusammenhang übernimmt die EU-Mission EUPOL Afghanistan große Teile der Polizeiausbildung. Laut Ratsbeschluss 2007/369 besteht das Ziel der Mission darin, die Regierung in Kabul darin zu unterstützen, "dass unter afghanischer Eigenverantwortung tragfähige und effiziente Strukturen der Zivilpolizei geschaffen werden." Hierfür konzentriert sich die Mission auf folgende Tätigkeiten: Ausbildung, Beobachtung, Beratung und Betreuung der afghanischen Polizei. Darüber hinaus soll EUPOL Afghanistan, dessen Mandat zunächst auf drei Jahre ausgestellt wurde, Unterstützung beim Aufbau eines rechtsstaatlichen Systems leisten sowie Beiträge einzelner Mitgliedstaaten und anderer internationaler Akteure koordinieren.⁶⁴

Auch im Rahmen von EUPOL Afghanistan werden letztlich Paramilitärs ausgebildet: "Seit Jahr und Tag fordern Experten die Entsendung Hunderter, wenn nicht Tausender von Feldjägern nach Afghanistan. Diese Kreuzung aus Soldat und Polizist ist am besten geeignet, in Afghanistan eine Truppe aufzubauen, die der französischen Gendarmerie oder den italienischen Carabinieri ähnelt. So eine Truppe brauchen die Afghanen, um wenigstens einigermaßen für die Sicherheit im eigenen Land sorgen zu können. Das wäre ein Beitrag, mit dem die Bundesregierung den Obama-Plan tatsächlich unterstützen könnte."⁶⁵ Detlef Karioth, Leitender Polizeiberater an der deutschen Botschaft in Kabul, gibt an: "Was wir uns für Afghanistan vorstellen, ist eine Polizei, die in der Lage wäre, sich gegen die bewaffneten Kräfte im Land zu verteidigen. Wir bilden hier ja nicht nur Straßenpolizisten aus. Unser

nennt die Strategie – auf Platz eins stehen 'Frieden und Sicherheit', – zu erreichen, unter anderem und im Dokument an prominenter Stelle genannt, – mit militärischen Kriseneinsätzen der Europäischen Union.“

⁶² Johnson 2007.

⁶³ Bundestag-Drucksache 17/39, 17. Wahlperiode, 18.11.2009.

⁶⁴ Council Joint Action 2007/369/CFSP of 30 May 2007 on establishment of the European Union Police Mission in Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN).

⁶⁵ Fras, Damir: Obamas Hoffnung, Berliner Zeitung, 03.12.2009.

Bestreben ist, sie so auszubilden, dass sie überleben können. Allein 2008 sind mehr als tausend Polizisten getötet worden."⁶⁶ In einem Militärblog heißt es ganz ähnlich: "Die Polizei steht in Afghanistan nicht Kleinkriminellen gegenüber wie in Europa, sondern einem Gegner, der teilweise mit Infanterietaktiken und in Kompaniestärke operiert. In Afghanistan muß die Polizei daher zwangsläufig auch paramilitärische Aufgaben übernehmen."⁶⁷

Darüber hinaus arbeitet EUPOL Afghanistan eng mit den vor Ort stationierten NATO-Kräften zusammen. So wurde auf dem NATO-Gipfel im April 2009 beschlossen, "eine NATO Training Mission – Afghanistan (NTM-A) innerhalb der ISAF einzurichten, um das höherstufige Training der afghanischen Armee und das Training und die Überwachung der afghanischen Polizei zu beaufsichtigen. [...] Die European Gendarmerie Force könnte diesbezüglich eine aktive Rolle spielen."⁶⁸ Die EGF biete sich hierfür an, da sie laut dem französischen Außenminister Bernard Kouchner "das Potenzial hat, ein robusteres System für die Polizeiausbildung in Afghanistan zu schaffen."⁶⁹ Ganz offensichtlich wird hier eine engste Verzahnung zwischen NTM-A – also einem Einsatz der Militärallianz NATO – und der "zivilen" EUPOL Mission angestrebt: "Die Staats- und Regierungschefs haben im Rahmen des NATO-Gipfeltreffens die Einrichtung einer 'NATO Training Mission Afghanistan' beschlossen. [...] Dies schließt die Koordinierung mit EUPOL Afghanistan sowie die Verlegung von Kräften der EU Gendarmerie Force mit ein."⁷⁰ Auf dem EU-Ratstreffen im Juni 2009 wurde diese Verzahnung ganz offiziell begrüßt: "Der Europäische Rat unterstreicht die Bedeutung der in Aussicht genommenen Entsendung der Europäischen Gendarmerietruppe, die in Afghanistan im Rahmen der NATO-Ausbildungsmission – Afghanistan (NTM-A) eingesetzt würde und eine ergänzende Initiative beim Aufbau der Polizeikapazität wäre."⁷¹

Wie im Kongo wird auch hier ein autoritäres Regime gegen den Widerstand in der Bevölkerung mithilfe einer "zivilen" EU-Mission abgesichert. Der "Stiftung Wissenschaft und Politik" zufolge seien in Afghanistan zwar formaldemokratische Institutionen vorhanden, allerdings würden sie "von antidemokratischen Kräften beherrscht und verlieren in den Augen der Bevölkerung zunehmend an Legitimität." So werde das "Prinzip der Gewaltenteilung [...] von der gegenwärtigen Exekutive weder verstanden noch respektiert." Entgegen dem erklärten Anspruch habe dabei zynischerweise "gerade auch die Einmischung der internationalen Gemeinschaft zu falschen Weichenstellungen [...] geführt und demokratiefördernde interne Faktoren geschwächt."⁷²

Genau dieser aus Warlords zusammengeklauten Regierung baut man nun also einen riesigen Repressionsapparat auf, um sich gegen innenpolitische Widerstände an der Macht zu halten – und die westlichen Truppen bei der Kriegsführung zu entlasten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist darüber hinaus vollkommen unklar, woher künftig die Gelder für diese Sicherheitskräfte kommen sollen – aus dem derzeitigen (und wohl auch künftigen) afghanischen Haushalt jedenfalls nicht. Laut Rory Stewart, Direktor des "Carr Center on Human Rights Policy", dürften sich die Kosten für die afghanischen Sicherheitskräfte auf zwei bis drei Mrd. Dollar im Jahr belaufen – ein Vielfaches der gesamten Staatseinnahmen. "Wir kritisieren Entwicklungsländer dafür, wenn sie 30% ihres Budgets für Rüstung

⁶⁶ „Wir bilden aus fürs Überleben“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.03.2009.

⁶⁷ Afghanistan: Europa versagt beim Aufbau der Polizei, weblog-sicherheitspolitik, 13.03.2009.

⁶⁸ Summit Declaration on Afghanistan, North Atlantic Council in Strasbourg / Kehl on 4 April 2009, NATO Press Release (2009)045.

⁶⁹ Europe's Problematic Contribution to Police Training in Afghanistan, Brookings Institution, 04.05.2009.

⁷⁰ Bericht über die laufenden bzw. anstehenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskussionen und Entwicklungen im Rahmen der NATO und der EU, Berichtszeitraum 15.April-15. Juli 2009, August 2009.

⁷¹ Schlussfolgerungen des Vorsitzes zu der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel (18./19. Juni 2009), S. 27.

⁷² Eine Generation oder länger, german-foreign-policy.com, 09.07.2008.

ausgeben; wir drängen Afghanistan dazu 500% seines Haushalts hierfür aufzuwenden. [...] Wir sollten kein Geburtshelfer eines autoritären Militärstaats sein. Die hieraus resultierenden Sicherheitsgewinne mögen unseren kurzfristigen Interessen dienen, aber nicht den langfristigen Interessen der Afghanen."⁷³

Diese Kritik wird umso dringlicher, da diese "Sicherheitskräfte" schon jetzt ein beängstigendes Eigenleben entwickeln. So berichtete Reuters im Juli 2009: "Bei ihrer Offensive im Süden Afghanistans vernehmen britische Soldaten eine eindringliche Bitte von Dorfbewohnern: 'In Gottes Namen, bringt uns nicht die afghanische Polizei zurück!' [...] Die Einwohner des Dorfes von Pankela etwa berichten, die Polizei-Einheiten der Regierung in Kabul seien so brutal und korrupt gewesen, dass die Taliban vor Monaten wie Befreier begrüßt worden seien."⁷⁴ Auch andere Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass die Polizei "in der afghanischen Bevölkerung nach wie vor eher als Teil der Sicherheitsprobleme des Landes denn als Mittel zu deren Lösung wahrgenommen wird."⁷⁵

Teils macht sich vor diesem Hintergrund ein zynischer Fatalismus breit, der einen düsteren Einblick gibt, welche Zukunft Afghanistan wohl bevorsteht. So heißt es etwa in einem Kommentar der taz: "Das Maximum, das der Westen in Afghanistan noch erhoffen kann, ist, einen autoritären Potentaten zu hinterlassen, der getreu dem US-amerikanischen Bonmot 'Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn', die Regierung auf prowestlichem Kurs hält. Sicherheitspolitisch könnte das sogar funktionieren, weil dessen Terror sich dann 'nur' gegen die eigene Bevölkerung und vielleicht noch gegen Nachbarstaaten, nicht aber gegen den Westen richtet."⁷⁶

2.9 Berlin-Plus-Reverse: Institutionalisierte Zivil-militärische NATO-EU-Kooperation

Ganz offensichtlich sind die "zivilen" GSVP-Missionen wie im Kosovo und in Afghanistan nicht als *Alternative*, sondern als *Ergänzung* zu Militäreinsätzen der NATO gedacht, wie ein Beitrag im derzeit wichtigsten Sammelband zur Zukunft der EU-Militärpolitik bestätigt: "Im Kosovo und in Afghanistan implementiert die Europäische Union ihre eigenen zivilen Krisenmanagementmissionen parallel zu NATO-Militäroperationen und es findet eine praktische Kooperation vor Ort statt."⁷⁷

Diese Zusammenarbeit soll künftig über ein standardisiertes Verfahren – "Berlin-Plus-Reverse" genannt – erheblich ausgebaut werden. Zwar ist diesbezüglich noch nichts entschieden, der Vorschlag findet jedoch zahlreiche prominente Unterstützer. Die Grundidee des Ganzen ist, dass die NATO *grundsätzlich* die Befugnis erhalten soll, auf sämtliche "zivilen" EU-Krisenmanagementkapazitäten zurückzugreifen, sollte dies für erforderlich erachtet werden: "Das Berlin-Plus-Abkommen beinhaltet, dass die EU auf NATO-Ressourcen zurückgreifen kann. Jetzt ist es Zeit für ein so genanntes umgekehrtes Berlin-Plus-Abkommen, da die NATO möglicherweise auf Instrumente der Europäischen Union wie die European Gendarmerie Force (EGF) ebenso wie auf zivile Krisenmanagementkapazitäten der EU zurückgreifen möchte."⁷⁸ In eine ähnliche Richtung, nur noch weiter reichend ist der Vorschlag der "Stiftung Wissenschaft und Politik" zur "Verzahnung von NATO und EU

⁷³ Stewart, Rory: The Irresistible Illusion, London Review of Books, 07.07.2009.

⁷⁴ Reuters, 12.07.09 zit. nach <http://www.jpberlin.de/online-ag/?p=139> (30.09.2009).

⁷⁵ Kempin, Ronja: Polizeiaufbau in Afghanistan, in: Schmidt, Peter (Hg.): Das internationale Engagement in Afghanistan; SWP-Studie, August 2008, S. 37-42.

⁷⁶ Hansen, Sven: Letzte Hoffnung Diktatur, taz, 13.09.2009.

⁷⁷ Stubb, Alexander: In search of smart power, in: Vasconcelos 2009, S. 125-132, S. 132.

⁷⁸ Hamm, Peter van: NATO and the Madonna Curve: why a new Strategic Concept is vital, in: NATO Review (März 2008).

durch Schaffung einer zivil-militärischen Planungs- und Führungsfähigkeit in der NATO." Der Vorteil eines eigens der Zivil-militärischen Zusammenarbeit gewidmeten dritten NATO-Oberkommandos sei, so die SWP-Autorin Ronja Kempin, dass dadurch "die zivilen und die militärischen Fähigkeiten der EU sowie die militärischen Fähigkeiten der NATO an einem Ort koordiniert würden. [...] Unter dem Stichwort 'Berlin Plus Reversed' könnte der NATO die Möglichkeit eingeräumt werden, auf zivile Fähigkeiten der EU zurückzugreifen."⁷⁹ Mit Berlin-Plus-Reverse würde die bereits heute erfolgende enge Verzahnung "ziviler" EU-Missionen mit den jeweiligen NATO-Militäreinsätzen formalisiert und qualitativ auf eine neue Stufe gehoben.

3. Europäischer Auswärtiger Dienst: Die ultimative Zivil-militärische Verschmelzung

In eine völlig neue Dimension stößt die Zivil-militärische Zusammenarbeit mit dem "Europäischen Auswärtigen Dienst" (EAD), der noch im Jahr 2010 seine Arbeit aufnehmen soll. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 wurde ein neuer Posten eingeführt, der "Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik". Ziel des neuen Postens, für den die Britin Catherine Ashton ernannt wurde, ist es, in Zeiten zunehmender machtpolitischer Auseinandersetzungen, die "Schlagkraft" der Europäischen Union über die Bündelung sämtlicher außen- und sicherheitspolitischen Instrumentarien deutlich zu erhöhen. Gerade die Eifersüchteleien zwischen der Kommission, bei der große Teile der "zivilen" Außenpolitik angesiedelt waren, und dem Rat, der für zivile und militärische Einsätze zuständig war, hatten eine "Machtpolitik aus einem Guss" erheblich beeinträchtigt. Dies wird sich nun mit dem neuen Posten des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik ändern, mit dem diese hinderliche Trennung aufgelöst wird. So heißt es in einem parlamentarischen Gutachten vom 3. November 2009: "Damit wird er [der Hohe Vertreter] einerseits für die Festlegung und Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zuständig sein, andererseits soll er innerhalb der Kommission mit deren Zuständigkeiten im Bereich der Außenbeziehungen und mit der Koordinierung der übrigen Aspekte des auswärtigen Handelns der EU betraut sein."⁸⁰

Für die Ausübung ihrer Tätigkeit wird Catherine Ashton der "Europäische Auswärtige Dienst" an die Seite gestellt. Der EAD wird dabei weder dem Rat noch der Kommission untergeordnet und damit weitgehend unkontrollierbar sein. Sein Personalumfang dürfte um die 8.000 Beamte umfassen. Entscheidend ist dabei, dass innerhalb des EAD sämtliche zivilen und militärischen Fähigkeiten gebündelt werden sollen: "Alle operativen militärischen und zivil-militärischen Strukturen sollen Teil des EAD und so dem Hohen Vertreter unterstellt werden. So wird der zuvor beim Rat ansässige EU-Militärstab ebenso in den EAD integriert, wie das Situation Centre (SitCen), die Nachrichtensammelstelle der EU. Vor allem aber sollen die gleichsam bisher im Rat angesiedelten Generaldirektionen E-VIII, zuständig für die militärisch-strategische Einsatzplanung und Abteilung E-IX (zivile Einsatzplanung) im EAD aufgehen. Gleichzeitig beabsichtigt man DG-VII und IX im neuen 'Crisis Management Planning Directorate' (CMPD) zu vereinigen. Zivile und militärische Aspekte der EU-Politik werden so institutionell verzahnt und verwischen damit bis zur Unkenntlichkeit – wie gesagt, es geht um imperiale Machtpolitik aus einem Guss."⁸¹

⁷⁹ Kempin, Ronja: Frankreich und die Annäherung von NATO und EU, SWP-Aktuell 34, April 2008.

⁸⁰ Hantke, Martin: Der Europäische Auswärtige Dienst: Imperiale Machtpolitik aus einem Guss, in: AUSDRUCK (Dezember 2009), S. 1-3, S. 1.

⁸¹ Ebd., S. 3. Vgl. auch Blair, Stephanie: Towards Integration? Unifying Military and Civilian ESDP Operations, in: European Security Review Nr. 44, Mai 2009, S. 5-7.

Damit droht eine weitreichende Militarisierung der EU-Außenpolitik. So warnt Alain Déletroz von der "International Crisis Group", mittlerweile habe das Krisenmanagement auf EU-Ebene einen "stark militärischen Geschmack." Zivile Aspekte drohten im neuen EAD militärischen Erwägungen untergeordnet zu werden: "Jetzt schauen wir in eine Zukunft, in der Militärexperten die Planung ziviler Missionen übernehmen." Die Tragweite der nun auf den Weg gebrachten Verschmelzung im EAD wird von Déletroz mit folgenden Worten untermauert: "Die Strukturen, die heute geschaffen werden, werden sich über Jahrzehnte nachhaltig auf die Art und Weise, wie die EU-Projekte in der Welt wahrgenommen werden, auswirken. Die Kapazität der Union zur Konfliktverhütung und zur Friedenssicherung hat gerade einen herben Schlag erlitten."⁸²

4. Das Ende des Zivilen: ein Blick in die Kristallkugel

Wie so häufig, wird derzeit auf EU-Ebene vorweggenommen, was in Bälde auch im nationalen Rahmen umgesetzt werden dürfte. Dies gilt insbesondere für den "Europäischen Auswärtigen Dienst", der dem neuen Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) offensichtlich als Vorbild für seine Forderung dient, sein Ministerium solle künftig stärker auf die Durchsetzung deutscher Interessen verpflichtet und perspektivisch ins Auswärtige Amt integriert werden. "Meine Amtsvorgängerin hatte eine gewisse Ferne zur Bundeswehr, die habe ich nicht. Wo unsere Soldaten für die Sicherheit sorgen, müssen die Menschen eine Friedensdividende haben, etwa durch den Bau von Schulen oder durch Erwerbsmöglichkeiten. Unsere Streitkräfte und zivilen Aufbauhelfer müssen am gleichen Ziel arbeiten."⁸³

Gerade ein Blick auf Afghanistan, wo die Zivil-militärische Zusammenarbeit erstmals im Großen Stil erprobt wird, offenbart die katastrophalen Folgen des Konzeptes. Indem zivile Akteure teils direkt in die militärische Aufstandsbekämpfung eingebunden werden, werden sie vom dortigen Widerstand als Teil der militärischen Besatzung und damit als Gegner wahrgenommen. Die Folge sind zunehmende Angriffe auf humanitäre Helfer, die zu einem Rückzug zahlreicher Organisationen geführt haben.⁸⁴ Viele der größten entwicklungspolitischen Nicht-Regierungsorganisationen lehnen deshalb inzwischen die Zivil-militärische Zusammenarbeit ab, da sie zum Verlust ihrer politischen Neutralität führt und letztlich ihre Arbeit nahezu unmöglich macht.⁸⁵ Auch der Verband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (VENRO) kritisiert diese Entwicklung aufs Schärfste: "[CIMIC] bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer 'Aufstandsbekämpfung' untergeordnet ist. [...] Diese Vereinnahmung der Entwicklungshilfe durch das internationale Militär [verursacht] eine unselige Vermischung von Interessen und Zielen, die der Sache der Armutsbekämpfung und Entwicklungsförderung abträglich ist."⁸⁶

Dennoch wird eisern an der Zivil-militärischen Zusammenarbeit festgehalten, verspricht man sich von ihr doch eine erhebliche Vergrößerung der Fähigkeiten zur Machtprojektion. Wohin die Reise gehen soll, zeigt die "Stiftung Wissenschaft und Politik" mit ihrer Forderung nach

⁸² Déletroz, Alain: "Kapazität der EU zur Friedenssicherung schwindet", Der Tagesspiegel, 22.02.2010. Vgl. auch EPLO Statement on Civilian-Military Integration in European Security and Defence Policy, URL: http://www.eplo.org/documents/EPLO_Statement.pdf (30.09.2009).

⁸³ Evangelischer Pressedienst, URL: http://www.epd.de/index_70633.html (09.03.2010).

⁸⁴ Vgl. ANSO Quarterly Data Report, Kabul, April 2009, URL: <http://www.afgnso.org/2009/2009%20Q1.pdf> (30.09.2009).

⁸⁵ Vgl. Quick Impact, Quick Collapse. The Dangers of Militarized Aid in Afghanistan (Action Aid, Afghanaid, CARE, Christian Aid, Concern Worldwide, Norwegian Refugee Council, Oxfam, Trocaire), January 2010, URL: http://www.oxfam.de/download/20091127_QuickImpactQuickCollapse_158kb.pdf (18.02.2010).

⁸⁶ Was will Deutschland am Hindukusch?, VENRO-Positionspapier, 7/2009.

einer neuen strategischen Planungseinheit im Auswärtigen Amt: "Ihre Aufgabe wäre es, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekte der Aufstandsbekämpfung zusammenzuführen. [...] Mit Hilfe dieser Planungseinheit ließe sich kontinuierlich eine gemeinsame zivil-militärische Strategie für alle laufenden Auslandseinsätze erarbeiten und realisieren." Weiter plädiert die Denkfabrik dafür, dass das Militär vor Ort grundsätzlich den Hut aufhaben soll: "Auf operativer Ebene sollte die Integration ziviler und militärischer Mittel innerhalb der Einsatzführungsstrukturen des Verteidigungsministeriums erfolgen. [...] Es sollte generell erwogen werden, das Personal der mit Auslandseinsätzen befassten zivilen Ministerien für die Dauer der Einsätze in die Strukturen des Verteidigungsministeriums einzugliedern."⁸⁷

Sollte diese Entwicklung ungebremst ihre Fortsetzung finden, so wird der Begriff "zivil" vollständig zur Makulatur. Eine progressive, zivile Außenpolitik, die als Alternative und nicht als Ergänzung zum Militär fungiert, droht zugunsten einer imperialen Machtpolitik aus einem Guss in weite Ferne zu rücken.

⁸⁷ Noetzel, Timo/Zapfe, Martin: Aufstandsbekämpfung als Auftrag: Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz, SWP-Studie, Mai 2008, S. 24.